

Es gilt das gesprochene Wort!

# ***Großveranstaltung***

## **Jobkiller Gesundheitspolitik**

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten  
der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser

## **Statement**

Matthias Blum,  
Geschäftsführer der  
Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen

25. April 2012  
Mitsubishi Electric HALLE  
Düsseldorf-Wersten/ Oberbilk

„Session possible“

Meine Damen und Herren,

unter der Leitung von Wolf Codera mit seinem Saxofon/Klarinette.

Ihnen und Ihren Mitstreitern zunächst ein herzliches Dankeschön, vielen Dank für dieses fulminante Intro.

Wir werden Sie im Anschluss an unsere jetzt im Programm vorgesehenen Ansprachen noch einmal hören und in Aktion erleben.

Vielen Dank und bis nachher.

Die Energie der Musik möchten wir jetzt aufnehmen, um Sie zu informieren und gemeinsam mit Ihnen unseren Protest zum Ausdruck bringen.

Wir wollen hier und heute eine deutliche Forderung Richtung Bundesregierung und in den künftigen Landtag in NRW senden.

**Jetzt!, Jetzt!** gilt es für die Politik zu handeln.

Ihnen allen heute hier am 25. April 2012 auch im Namen unseres Vorstandes ein:

### **Herzliches Willkommen in Düsseldorf!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus allen Teilen NRWs sind Sie heute hier nach Düsseldorf gekommen. Vertreter aller 40 Berufsgruppen, die im Krankenhaus tätig sind, sind heute hier und auch viele junge Auszubildende aus den Krankenpflegeschulen, die ich hiermit noch einmal auch recht herzlich begrüßen möchte - schön, dass Sie da sind.

Sie, Sie alle repräsentieren heute hier die 250.000 Beschäftigten in den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen und die insgesamt gut 1 Million Beschäftigten bundesweit in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, bevor wir die weiteren Redner unserer heutigen Veranstaltung begrüßen, möchte ich Ihnen als Geschäftsführer der KGNW herzliche Grüße von unserem Präsidenten, Herrn Dr. Hans Rossels, ausrichten, der leider erkrankt ist. Er bedauert es sehr, heute nicht hier bei Ihnen allen sein zu können.

Begrüßen Sie mit mir gemeinsam die weiteren Redner der Veranstaltung: Den Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Herrn Georg Baum, der uns einen Bericht über die aktuelle Lage in Berlin geben wird - herzlich willkommen.

Den Vorsitzenden des Pflegerates NRW, Herrn Ludger Risse, der aus Sicht der Pflege die aktuelle Situation bewerten wird. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Und schließlich für den Bereich der Ärzte freue ich mich, dass wir Herrn Professor Dr. Heribert Jürgens von der Universitätsklinik Münster gewinnen konnten. Ihnen allen ein herzliches Willkommen hier in der Mitsubishi-Elektro-Halle in Düsseldorf.

Die verantwortlichen Politiker in Berlin zaudern und kommen nicht zu einem klaren Bekenntnis für Sie als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, die 24 Stunden am Tag 365 Tage im Jahr für die Patientinnen und Patienten in unserem Land da sind.

**Warum** dieser Protest, fragt die Politik?

**Warum** wurden in fast 170 Städten über 3.100 Plakate, Infoscreens und mobile Flächen in Aktion gebracht?

**Warum** hängen ca. 10.000 Plakate in den gut 400 Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen?

**Warum** sind Sie hier und heute zu Tausenden nach Düsseldorf gekommen?

Die Antwort ist denkbar einfach:

Wir sind heute hier aus Solidarität gegenüber den 6.000 Beschäftigten, deren Arbeitsplätze bedroht sind und die wir dringend brauchen, um die qualitativ hochwertige Patientenversorgung in den Krankenhäusern aufrechtzuerhalten.

Wir sind heute hier, weil wir eine nachhaltige Finanzierung für die Krankenhäuser benötigen, um Ihre Arbeitsplätze dauerhaft für die Patientenversorgung zu sichern.

Die Tarifabschlüsse vom Marburger Bund und von Verdi liegen auf dem Tisch.

Und damit das gleich und unmissverständlich deutlich wird

**Ja!**, ein klares **Ja!** – Sie, die Beschäftigten in den Krankenhäusern, müssen an der allgemeinen Lohnentwicklung teilhaben.

Sie als Beschäftigte der Krankenhäuser partizipieren an der wirtschaftlichen Entwicklung und am Aufschwung – das ist gut! richtig! und notwendig!

Die Politik selbst hat dies gefordert. Auch die Bundesarbeitsministerin, Ursula von der Leyen, hat öffentlich eine spürbare Lohnerhöhung oberhalb der Inflationsrate von 2,3 Prozent gefordert und sich für eine gerechte Bezahlung aller Arbeitnehmer stark gemacht.

Doch schauen wir uns gemeinsam an, was durch diesen Tarifabschluss entsteht:

Die Personalkosten in NRW in den Krankenhäusern werden von 11,3 Milliarden in 2011 auf 11,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 steigen.

Für die aufzubringenden zusätzlichen 400 Millionen Euro erhalten die Krankenhäuser in NRW gerade mal ein gutes Viertel - 105 Millionen Euro von den gesetzlichen Krankenversicherungen.

Hier klafft die Lücke von 295 Millionen Euro, die sich bundesweit für alle Krankenhäuser auf eine Milliarde Euro addiert, was wir auf unseren Plakaten zum Ausdruck gebracht haben.

Mit den 105 Millionen Euro, die die Krankenhäuser in NRW mehr bekommen, wäre lediglich eine Tarifsteigerung von 0,9 Prozent zu finanzieren. Das entspricht durchschnittlich 30 Euro pro Monat für jeden von Ihnen, also einem Euro am Tag.

Ihre Arbeit ist aber nicht nur einen Euro am Tag mehr wert. Sie sind das Rückgrad der sehr guten Gesundheitsversorgung unseres Landes. Und es bleibt für Sie im Portemonnaie noch nicht einmal bei dem einen Euro, denn das ist der Bruttowert.

Erkunden wir gemeinsam die Ursachen für diese Situation:

Bisher ist die Ausgabenentwicklung der Krankenhäuser an die Einnahmeentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung gekoppelt.

Wir wissen aber, dass in einer alternden Gesellschaft immer weniger Beitragszahler einer immer größeren Gruppe betagter und chronisch kranker Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüberstehen.

Die Ausgaben der Krankenhäuser haben also nichts mit den Einnahmen der Krankenkassen zu tun.

Das ist so, als wenn wir den Milchpreis in Deutschland von der Anzahl der geernteten Äpfel in Bayern abhängig machen würden.

Das hat auch die Politik im Jahr 2009 erkannt und die Möglichkeit im Gesetz geschaffen, die Ausgabenentwicklung in den Krankenhäusern an die tatsächliche Entwicklung anzuknüpfen. Dafür soll das Bundesamt für Statistik den sogenannten Orientierungswert ermitteln. Wir haben das gemeinsam mit vielen von Ihnen mit 130.000 Teilnehmern vor dem Brandenburger Tor erstritten.

Ja, dieser Orientierungswert steht seitdem im Gesetz, doch bisher wurde er nicht scharf geschaltet.

Versprechungen der Politiker im Jahresrhythmus sind dagegen die traurige Realität.

### **Dies muss jetzt ein Ende haben!**

Die politisch Verantwortlichen in Berlin und dort an der Spitze das Bundesgesundheitsministerium, das Bundesfinanzministerium und letztlich unsere Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel müssen Farbe bekennen.

Wir brauchen eine dauerhafte und nachhaltige Finanzierung und dafür die Umsetzung des Orientierungswertes.

Nehmen wir als Beispiel die größte Berufsgruppe im Krankenhaus – die Pflege.

Von 1995 bis 2010 ist durch die finanzielle Situation der Krankenhäuser - und darauf sind die Krankenhausträger nicht stolz - die Anzahl der Beschäftigten im Pflegedienst um fast 14.000 zurückgegangen.

Die Bundesregierung hat dies erkannt und das sogenannte Pflegeförderprogramm in den Jahren 2009, 2010 und 2011 gewährt. Die Krankenhäuser erhielten in diesem Zeitraum 90 Prozent der Gehälter für Pflegepersonal von den Krankenkassen, das sie neu eingestellt haben. 10

Prozent mussten sie selber aufbringen. Die Politik hatte offenbar verstanden und der Protest vor dem Brandenburger Tor war erfolgreich. In der Folge wurden ca. 3.600 neue Stellen in NRW in der Pflege in den Krankenhäusern wieder besetzt.

Und wir fragen die Politik, soll dies jetzt alles wieder zunichte gemacht werden durch die Lücke von 295 Millionen Euro?

Soll die Arbeitsverdichtung wieder und weiter zunehmen?

Wie sollen wir die jungen Menschen im Land, von denen wir in der Zukunft immer weniger haben werden, für den Pflegeberuf begeistern, wenn sie drei Jahre eingestellt und dann im schlimmsten Fall wieder entlassen werden müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns noch einen Blick auf die Landtagswahl werfen. Krankenhäuser brauchen nicht nur Personal- und Sachmittel, sondern auch Gebäude und alles, was dazugehört. Diese Investitionskosten werden über Fördermittel finanziert, so schreibt es das Gesetz vor.

Und hier, meine Damen und Herren, ist das Land in der Pflicht. Es handelt sich um einen gesetzlichen Anspruch der Krankenhäuser und nicht um eine Subvention.

Schauen wir uns die Tabellensituation an:

In der Fußball-Bundesliga würde Nordrhein-Westfalen vom 18. Rang sofort in die 2. Liga absteigen.

Die Investitionsquote liegt in Nordrhein-Westfalen aufgrund der zu geringen Fördermittel bei 3,7 Prozent.

Es fehlen hier ca. 700 Millionen Euro im Jahr und diese Berechnung stammt von der damaligen Bundesregierung in Berlin aus dem Jahr 2008.

Gleichwohl ist gesetzlich das Land NRW und damit der neu zu wählende Landtag gefragt und hier sind alle Kandidatinnen und Kandidaten des Landtags in der Pflicht, sich persönlich dafür einzusetzen und sich im neu zu wählenden Landtag im Sinne der Krankenhäuser zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, wir haben die Nagelprobe gemacht und den Spitzenkandidaten der Parteien persönlich eine Frage gestellt.

Schauen Sie einmal, wir haben gefragt:

„Welche Botschaft können wir vor der anstehenden Landtagswahl als KGNW von Ihnen und aus Ihrem Parteiprogramm im Zusammenhang mit unseren Forderungen zur Umsetzung eines Tarifausgleichs und des Orientierungswertes auf Bundesebene sowie einer Beendigung der Investitionsunterfinanzierung in unsere Kliniken gegenüber den 250.000 Beschäftigten kommunizieren?“

Die Rückmeldungen von den Parteien und von Mitarbeitern der Spitzenkandidaten waren leider nicht von der Klarheit und Entschlossenheit beseelt, die wir uns für die über vier Millionen Patientinnen und Patienten und die sie versorgenden 250.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern erhofft und – ich sage es deutlich – ja, auch erwartet hätten.

Es wurde uns freundlich mitgeteilt, dass man unser Schreiben erhalten habe. Die Krankenhäuser wurden auch grundsätzlich als wichtige Einrichtungen bewertet. Es gab auch eine Pressemeldung von unserer amtierenden Ministerin, die sich für unsere Sache ausgesprochen hat. Die Fraktionen haben auch über ihre Mitglieder und Mitarbeiter zurückgemeldet, dass man grundsätzlich unser Anliegen mittrage.

Doch seien wir ehrlich:

Unser Anliegen für die Patientinnen und Patienten und für die sie versorgenden Beschäftigten in den Krankenhäusern in NRW hätte mehr Anerkennung und Unterstützung verdient.

Die Politik muss sich an dieser Stelle die Frage gefallen lassen, welchen Stellenwert haben denn die Menschen -

die Menschen, die in den Krankenhäusern behandelt werden, und diejenigen, die 365 Tage im Jahr für diese da sind.

Doch, meine Damen und Herren,

es ist ja noch nicht zu spät und daher fordern wir die Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag noch einmal in zweifacher Weise auf:

„Sie als Kandidatinnen und Kandidaten sind das Sprachrohr von NRW in Berlin und damit der 250.000 Beschäftigten in den Krankenhäusern sowie der über 4 Millionen Patientinnen und Patienten. Damit vertreten Sie 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands und haben somit Stimme und Einfluss, um den Tarifausgleich und den Orientierungswert für die Krankenhäuser in Berlin durchzusetzen.“

Weiterhin sind die Abgeordneten in spe auch selbst gefordert, für die Krankenhäuser die Fördermittel in Nordrhein-Westfalen um 700 Millionen Euro aufzustocken, um die Zukunft der Krankenhäuser bezüglich der Investitionskosten zu sichern.

Doch, meine Damen und Herren, allein auf die zukünftigen Abgeordneten dürfen und können wir nicht setzen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

einen sofortigen Tarifausgleich in voller Höhe sowie die Umsetzung des Orientierungswertes für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser und damit eine Sicherung Ihrer Arbeitsplätze für die Zukunft.

Nur damit können wir zukünftig die qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten in unserem Land gemeinsam sicherstellen und das ist das Ziel unserer Aktionen und dieser Veranstaltung.

Die „Rote Karte“ ist das Symbol für einen nicht zu tolerierenden Verstoß, der hier seitens der Bundesregierung darin liegt, dass die politisch Verantwortlichen in Berlin bisher tatenlos sind.

Aus dem, was ich Ihnen hier vorgetragen habe, bleibt für mich nur eine Konsequenz. Ich zeige der Bundesregierung die „Rote Karte“.

Vielen Dank! (für Ihre Aufmerksamkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Baum, Herrn Risse und Herrn Professor Jürgens. Vorerst vielen Dank und bis nachher.